

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amts-Hauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptkollektors zu Bienen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage, Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Verrechnungswiese: Jeden Sonntag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 72.50, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 75.—, durch die Post bezogen monatlich Mk. 125.— mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Fernsprechträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegersehrlichkeiten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Vorkriegs- oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zim. Maße 14) oder deren Raum 7.50 Mk., wöchentliche Anzeigen 6.— Mk. Im Festpreis (Zim. Maße 14) 25.— Mk. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 15.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 226.

Mittwoch, den 27. September 1922.

77. Jahrgang.

Die Teuerung.

Wir befinden uns inmitten eines tollen Herenabbaues unaufrührlich steigender Preise, von Stunde zu Stunde wachsender Teuerung. Wie der Sturm unter Herbstblättern jagt, so jagt und wirbelt die Welle für alle Lebensnotwendigkeiten in atembeklemmender Geschwindigkeit durcheinander, jede Existenzmöglichkeit in Frage stellend. Da ist es wohl verständlich, daß man nach den Ursachen dieser Sinnsturz sucht, die „Schuldigen“ soch ungeheurer Lebenserschwerung fassen möchte, um sie der gerechten Strafe zuzuführen. Wir suchen gewissermaßen auf einer mit rasender Geschwindigkeit dahinfliehenden Wälschne, die zu bändigen letzte Nervenkraft, eiserne Kaltblütigkeit, ruhige Überlegung erfordert, soll nicht ein falscher Hebelgriff sie endgültig aus unserer Gewalt bringen. Zwei Faktoren verursachen die gegenwärtige Preisrevolution: Warenmangel und Geldentwertung. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt das Verhältnis zwischen der Menge der auf den Markt kommenden Ware und der Menge der begehrenden Käufer die Preisgröße. Nun ist aber heute das Warenangebot in Deutschland einmal infolge starken Zurückbleibens der Produktion hinter dem Vorkriegsstande nicht ausreichend. Man schätzt die Menge der im Rahmen unserer Volkswirtschaft hergestellten landwirtschaftlichen und gewerblichen Waren auf nur etwa 60 Prozent der 1914 hergestellten Menge. Dann vermindert sich auch die nahezu völlige Wertlosigkeit des deutschen Geldes im Ausland die Ergänzung des heimischen Warenmangels durch ausländische Einfuhr, wodurch vor dem Kriege ganz automatisch die Marktverhältnisse zu Gunsten des Verbrauchers reguliert wurden. Die zweite Quelle des Übels ist aber die zunehmende Entwertung des Geldes, deren Kaufkraft von Tag zu Tag wie Butter an der Sonne schmilzt. Es ist genau so, als wenn etwa das Dreierstück immer mehr und mehr zusammenschumpft. Niemand hat mehr festen Boden unter den Füßen. Der Produzent ist nicht mehr in der Lage, ausreichend Rohstoffe einzukaufen, der Händler kann seine Käufe nicht mehr entsprechend auffüllen. Bei beiden sind die Kosten nicht mehr zu kalkulieren. Nicht anders steht es bei den Arbeitnehmern. Auch diese müssen vorziehen, den „Wiederbeschaffungspreis“ für ihre aufgewandte Arbeitskraft zu erlangen. Wie ist der Ausweg aus dieser ungeheuren Not zu finden?

Es ist gewiß fast übermenschlich, angesichts dieser Verhältnisse klaren Kopf und kühlen Verstand zu bewahren. Aber niemals war Befonnenheit notwendiger denn jetzt! In mancher Beziehung haben wir mittlerweile die Möglichkeit einer gewissen Beeinflussung der Sachlage in der Hand: wir könnten z. B. wohl durch Mehrarbeit das inländische Warenangebot vermehren, wir vermögen durch eine gewisse Kontrolle die Zurückhaltung von Waren zwecks künstlicher Verknappung des Warenmarktes zu verhindern und ähnliches.

Aber mit allen diesen Maßnahmen wird man nur gewisse Teilerfolge erzielen können, weil die Hauptfaktoren der gegenwärtigen wirtschaftlichen Erkrankung außerhalb des Bereiches unserer Beeinflussungsmöglichkeit liegen. Nur eine grundlegende Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Lage Deutschlands durch den Übergang der Kontrolle von der Gewalt zur Aufbau-Politik kann hier dauernde Besserung schaffen. Ein Verbrechen ist es, das deutsche Volk glauben zu machen, daß es in seiner eigenen Kraft liege, sich aus diesem Wirbel befreien zu können. Das ist unmöglich und kein Kontrast, kein Generalstreik, selbst nicht die völlige Herbeiführung der politischen und wirtschaftlichen Macht des Proletariates könnte dieses gewünschte Ergebnis haben. Dieses mutige Bekenntnis des zweiten Vorstehenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer der vor einigen Tagen in Berlin abgehaltenen Teuerungsversammlungen enthält die ganze bittere und nackte Wahrheit. Trotz alledem muß es für uns heißen: Zähne zusammenbissen, damit wir nicht auseinander doch noch selbst unter Grab graben. Die Unvernunft der anderen darf uns nicht verleiten, sie durch noch größeren Unverstand zu übertreffen und damit die letzte letzte Hoffnung auf Rettung mit eigener Hand auszulöschen. Das ist unendlich schwer, aber es muß sein!

Berlin, 26. September. (Draht.) Am Donnerstag finden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter über die Neuverteilung der Grundgehälter und Kinderbeihilfen statt.

Berlin, 26. September. (Draht.) Der Rechtsausschuss der Betriebsräte Deutschlands, der die Vorbereitungen zu dem demnächst stattfindenden Reichsbetriebsrätekongress zu treffen hat, hat beschlossen, am nächsten Sonntag in Berlin und Rheinland-Preußen Kundgebungen zu veranstalten. Der Reichsbetriebsrätekongress selbst wird voraussichtlich im Laufe des Oktobers stattfinden.

Sperrzölle für Luxuswaren.

Berlin, 26. September. (Draht.) Der Reichsrat hielt am Montag eine Sitzung ab, die in der Hauptsache der Beratung des Entwurfs einer Verordnung über Zollrückstellungen gewidmet war. Für die Ausschüsse berichtete der sächsische Ministerialdirektor Graf Holtendorff, über deren Beratungen wie folgt:

Man sei sich darüber klar geworden, daß durch bloße Einfuhrverbote die unnötige Luxusimport nicht unterbunden werden könne, weil die Einfuhr, diese Einfuhrverbote zu hinterziehen, wobei allerdings illegitime Methoden angewandt würden. Deshalb müßte man zu Prohibitivzöllen (Sperrzöllen) greifen, um den Konsum der Luxusartikel wenigstens so zu verteuern, daß er dadurch erheblich eingeschränkt werde. Daher sei der Reichsregierung die Ermächtigung gegeben worden, vorübergehend mit Zustimmung des Reichsrates und eines Ausschusses des Reichstages die Zölle zu erhöhen. Nun habe bereits für gewisse Luxusartikel kürzlich eine 100prozentige Erhöhung stattgefunden. Es solle aber noch einmal eine Zollrückstellung von 50 Proz. stattfinden. In der Hauptsache seien diese Artikel: wohlführendes Wasser, Puder, Schminke, Seidenknöpfe, Fußbodenpoliermittel, Seife, Nähnadeln, Spitzen, Stickeren, echte Perlen und Gold- und Silberwaren bis zu einem gewissen Gewicht. Die Ausschüsse waren der Ansicht, daß die notwendige Erhöhung um 50 Proz. eine durchaus angemessene Maßnahme sei, und empfahlen die Zustimmung zu dieser Forderung.

Das Plenum schloß sich den Beschlüssen der Ausschüsse an. Die Frage der Tabaksteuererhöhung ist zunächst aus der Verordnung ausgeschlossen worden.

Englands Niederlage in Paris.

Wie gestern berichtet, hat es die britische Regierung vorgezogen, einem offenen Konflikt mit der Türkei auszuweichen und auf Grund weitgehender Zugeständnisse den Frieden mit der Regierung von Angora zu suchen. Über die Stimmung in London wird gemeldet: Wie auch die Antwort Kemal Paschas auf den Pariser Beschluß ausfallen mag, so steht man in eingeweihten Kreisen auf dem Standpunkt, daß das sogenannte Pariser Kompromiß ein unverhüllte Niederlage ist, und daß Poincaré ein verhängnisvolles Opfer hat. Auch die Erklärung Kemals, persönlich der Konferenz beizuwohnen zu wollen und deshalb nur einem Orte in Kleinasien zustimmen zu können, ist nicht geeignet, die gedrückte Stimmung zu heben. Man trägt im englischen Auswärtigen Amt Gleichmut über die „Beredsamung“ an der Seine zur Schau, aber selbst Daily Chronicle, das Organ Lord Georges kann sich nicht die Bemerkung verkneifen, daß die Aufgabe Troians bis zur Marika-Linie ein zu großes Augenmaß sei.

Kemal verlangt die Einladung Rußlands.

London, 25. September. Der Konstantinopeler Korrespondent der Daily Mail berichtet, die Nationalversammlung von Angora werde die Einladung der Alliierten zu einer Friedenskonferenz ablehnen. Kemal Pascha werde aber fordern, daß auch Rußland, das eine lange Küste am Schwarzen Meer besitze, an dieser Konferenz teilnehmen müsse. Da Mustafa Kemal dieser Friedenskonferenz unbedingt persönlich beizuwohnen, aber Kleinasien nicht verlassen will, werde er fordern, daß die Konferenz in Kleinasien stattfinden.

Griechenland gegen den britischen Verrat.

Amsterdam, 25. September. Aus London wird gemeldet: Nach hier eingelaufenen Meldungen ist die Stimmung in Griechenland über den Unfall der britischen Regierung auf das tiefste erregt, und die Untreue Englands im griechisch-türkischen Konflikt erachtet geeignet, die bisher unheimliche Bevölkerung noch einmal zusammenzuschweißen zu einem letzten Widerstand gegen Kemal auf europäischer Seite. Mit dem Verlust Kleinasien hat man sich hier abgefunden, aber eine Rückgabe Thraziens mit Adrianopel will die griechische Regierung nicht anerkennen und sich der Abtretung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen.

Wien, 25. September. Von den Alliierten im Prinzip beschlossene Rückgabe Thraziens bis zur Marika steht in allen Bevölkerungsschichten auf den stärksten Widerstand. Die Jahrgänge 1912—18 seien zwar demobilisiert worden, dagegen stehen noch die Jahrgänge 1919—23 unter den Waffen. Griechenland werde in Thragien ein Heer von 150 000 Mann einziehen.

Belagerungszustand in Griechenland.

London, 25. September. Nach einer Athener Meldung der Daily Mail soll das Kabinett beschlossen haben, über ganz Griechenland den Belagerungszustand zu verhängen und in Thragien die vier letzten Jahrgangsklassen unter die Fahnen zu rufen.

Straßenkämpfe in der bulgarischen Hauptstadt.

Konstantinopel, 25. September. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß im Verlauf des letzten Krieger und Sonnabends in Sofia der Belagerungszustand erklärt worden ist. Bei diesen Straßenkämpfen wurden etwa 50 Personen getötet und gegen 100 verletzt. Mehrere Abgeordnete und Parteiführer befinden sich darunter. Der Zustand sei von Beamten der jetzigen Regierung angeklagt worden.

Papierexport und Zeitungsnot.

In Norwegen gibt es eine verhältnismäßig große Zahl von Papierfabriken. Aber ihre Schornsteine rauchen nicht, ihre Räder stehen still. In anderen Ländern wird es ähnlich sein: Keine Produktion, kein Verdienst und viel Arbeitslosigkeit. Die Ursache? Nun, die deutschen Papierfabriken exportieren ja gewaltige Mengen Papier zu billigen Preisen (dank der niedrigen Papiermark), daß die ausländischen Fabriken nicht konkurrieren können. Im Inlande aber ist das Papier so bitter teuer, daß eine Zeitung nach der anderen eingestellt wird und daß auch die kapitalstarken Blätter ihren Umfang aufs äußerste einschränken müssen. Geht diese Entwicklung so weiter, so wird man die Zahl der deutschen Zeitungen demnächst vielleicht an den Fingern abzählen können.

Alle an die deutsche Papierfabrikation gerichteten Maßnahmen, die Preise für den Inlandsverbrauch in erträglichem Rahmen zu halten, sind bisher vergeblich gewesen. Gemisse Maßnahmen der Regierung wirken nicht anders, als wollte eine Ameise einen Sandberg abtragen. So geht denn auch wenn unseren Politikern und Parlamentariern inmanchen die Situation höchst unbehaglich geworden ist, das Zeitungsgeschäft weiter. Die papiererzeugende Industrie bleibt kühl bis ans Herz hinan. Warum sollte sie sich auch aufregen? Sie exportiert und schreibt BUCHHALTER groß. Daß dabei die heimische Presse kaputt geht, berührt sie nicht.

Die Herren vom Zellstoff sind offenbar der Ansicht, daß Export und Verdienst für ewige Zeiten gesichert sind. Hier aber ist gerade das große Loch in ihrem Register. Tritt einmal eine Stabilisierung unserer Währung ein (und sie muß einmal kommen, weil der Marksturz nicht in ewige Zeiten fortgehen kann), so hört das Exportgeschäft mit seinen mühseligen erzielten Riesengewinnen auf. Dann werden wieder die Schornsteine der norwegischen und schwedischen Papierfabriken rauchen und die der deutschen werden still sein. Dann werden sich die Zellstoff- und Papierfabriken wieder für den inländischen Markt interessieren und sich nach den Abnehmern im Inlande umsehen; und dann werden sie zu ihrem Schrecken wahrnehmen, daß sie in blinder Wollerei im eigenen Lande die weiterverarbeitende Industrie vollkommen vernichtet und sich damit für die Zeit veränderter Verhältnisse die Existenz selbst untergraben haben.

Man könnte, wie beim Zucker, auch beim Papier den Vorschlag machen, daß erst nach Sicherstellung des notwendigen einheimischen Bedarfs zu niedrigen Preisen für den Rest der Produktion der Handel und der Export freigegeben wird. Möglich wäre das durchaus, wenn man in Rücksicht nicht, daß die Zellstofffabriken 8000 bis 7000 Mark für einen Raummeter Holz zugrunde legen, während die Staatsforsten es für höchstens 3000 M liefern. Es wäre also möglich, aber es geschieht nichts. Wenn jetzt die Papierpreise für September um ein Weniges gesenkt worden sind, so ändert das an der Notlage der Presse nichts. Die Herren vom Zellstoff müßten ganz andere Opfer bringen, soll die Presse nicht am Zellstoff zugrunde gehen.

Lebt Eure Zeitung weiter!

Der Bürgermeister von Meersburg am Bodensee schreibt zur Notlage der Zeitungen durchaus treffend: „Weil jetzt die ungeheuerlichen Preissteigerungen einen selbstverständlichen und unverhältnismäßig hohen Preis für den Zeitungsvorverkauf bringen, hört man allenthalben sagen: So, jetzt wird mir aber zu dumm, ich bestelle meine Zeitung ab. Am Ende wird noch mit dem unerschöpflichen Brieftaucher oder dem harmlosen Zeitungsträger geschimpft, die doch gewiß nichts dafür können. Jeder Mann und jede Frau, jedes Kind, das lesen kann, ist an seine Zeitung gewöhnt, die wirklich ins Haus kommt und seit vielen Jahren auf den Tisch gehrt, wie das Brot und die Suppe. Wer jetzt keine Zeitung abbestellt, wird schon am zweiten Tage sie vermissen und kann